

energienutzung in der damaligen Sowjetunion ans Licht gebracht. Diese seien aber auch heute nicht beseitigt. So sei die Atomaufsichtsbehörde der Russischen Föderation heute „ein drittrangiges Komitee“, das seine Kontrollfunktion nicht unabhängig ausüben könne. Außerdem sei nach Tschernobyl nicht ein Reaktor in der Russischen Föderation oder der Ukraine geschlossen worden. Für die inzwischen teilweise über 40 Jahre alten AKWs gebe es keine durchgehenden Sicherheitskonzepte, obwohl die alten Reaktoren vom Typ RBMK, zu denen auch Tschernobyl gehörte, „hochgefährlich“ seien. Sie dürften nach Ansicht von Kuznetsov nicht weiter genutzt werden. Für eine Stilllegung stelle die russische Regierung aber kein Geld zur Verfügung. Stattdessen fördere sie die Entwicklung von Verfahren, mit denen die Kapazitäten der alten Reaktoren weiter erhöht werden können.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Sicherheitslage in den russischen AKW bat Kuznetsov die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung, Druck auf Rußland auszuüben. Wenn es nicht gelinge, eine Stilllegung der alten Reaktoren zu erwirken, drohe „eine Wiederholung der Katastrophe von Tschernobyl“, warnte er.

Kuznetsov führte weiter aus, dass auch 28 Jahre nach der Katastrophe von Tschernobyl das Risiko einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt nicht gebannt sei. So habe es in Rußland infolge der starken Dürre in den Jahren 2010 und 2011 viele Waldbrände gegeben. Durch die Feuer sei kontaminierter Boden in weiten Teilen der Ukraine, Weißrusslands und Rußlands wieder aufgewirbelt worden. Auch die Länder Westeuropas könnten so, abhängig von der Windstärke und der Windrichtung, wieder in den Wirkungsbereich von radioaktiven

Wolken kommen. Im Bereich der Dekontamination müsse daher viel mehr gemacht werden als bisher, mahnte Kuznetsov. Doch auch hierfür fehlten die notwendigen Mittel.

Vor der öffentlichen Anhörung hatten Vertreter der deutschen Bundesregierung den Abgeordneten noch berichtet, dass die aktuelle Situation in der Ukraine ihren Erkenntnissen zufolge „keine erhöhte Gefährdungslage“ für die ukrainischen Atomkraftwerke erkennen lasse. Hinsichtlich des im April 2012 begonnenen Baus einer neuen Schutzhülle für Reaktor 4 des AKW Tschernobyl betonten sie, dass die bisher dafür veranschlagten Kosten in Höhe von 1,45 Milliarden Euro wohl nicht reichen würden. Unter anderem gebe es noch Schwierigkeiten bei der Stabilisierung des Untergrundes. Nach einem Ausschluß Rußlands aus den G8 bedeute dies, dass auf G7-Staaten höhere Kosten zukommen würden.

„Bedauerliche Situation“ in Japan

Im Anschluß an die Ausführungen Vladimir Kuznetsovs berichtete der frühere japanische Premierminister Naoto Kan dem Ausschuß vom Hergang und den Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011. Kan, der zum Zeitpunkt der Katastrophe Regierungschef war, betonte, dass nach dem Unfall alle japanischen Atomanlagen stillgelegt worden seien. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix sei seitdem massiv gestiegen und es habe sich gezeigt, dass die japanische Wirtschaft auch ohne Atomkraft auskomme. Obwohl fast 70 Prozent der Bevölkerung den Atomausstieg befürworteten, setze sich die neue liberaldemokratische Regierung jedoch wieder für die Inbetriebnahme der Atomkraftwerke ein. Kan bezeichnete dies als „sehr bedauerliche

Situation“. Er wies darauf hin, dass der Unfall von Fukushima aus Sicht von Experten keineswegs beendet sei. Bis heute trete Grundwasser in das

Gelände ein, ein Teil des verseuchten Wassers fließe wahrscheinlich ins Meer.

hib – heute im bundestag Nr. 143 v. 19.03.2014 ●

Ukraine

Ein altes Argument: Atomkraftwerke können in Krieg und Bürgerkrieg nicht verteidigt werden

Es gehört zu den ältesten Argumenten gegen den Betrieb von Atomkraftwerken, daß man mit einem AKW eine Atombombe im eigenen Land hat. Mit den heute leicht zugänglichen Waffen, auch mit tragbaren Waffen – können AKW so stark beschädigt werden, daß sie außer Kontrolle geraten. Gegenwärtig besteht in der Ukraine eine Situation, die sehr dicht an einen Bürgerkrieg heranreicht. Womöglich ist der Bürgerkrieg schon im Gange, Niemand kann mehr ausschließen, daß es darüber hinaus zu einem Krieg kommt.

In der Ukraine gibt es 15 laufende AKW-Blöcke: Chmelnyzkyi mit 2 mal 1000 Megawatt (MW) (2 mal 1000 MW im Bau) und Rivne mit 2 mal 1000 MW, 420 und 415 MW im Nord-Westen der Ukraine. Im Süd-Osten, etwas nördlich von der Krim, stehen die AKW Saporischschja mit 6 mal 1000 MW und Süd-Ukraine mit 3 mal 1000 MW. Wenn sich der Bürgerkrieg oder Krieg ausweitet, kann man zwar etwas tun, indem man die AKW abschaltet – dadurch würden die Auswirkungen eines Angriffs etwas reduziert, sie können aber immer noch katastrophale Ausmaße annehmen. Nicht weit von der Ukrainischen Grenze im Nord-Osten liegen die Russischen AKW Kursk und Nowoworonezh. In Nowoworonezh laufen 2 alte AKW zu 417 MW und 1 AKW mit 1000 MW, in Kursk

laufen 4 RBMK-Reaktoren zu je 1000 MW (das ist der Tschernobyl-Typ). S.P.●

Fukushima

Vertuschung von gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe

UNSCEAR-Bericht zu den Folgen von Fukushima

Am 2. April 2014 hat das Komitee der Vereinten Nationen für die Folgen der Atomstrahlung (UNSCEAR) den Teil A seines Berichts über die Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima veröffentlicht. Er spielt das wahre Ausmaß der gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima systematisch herunter, kritisiert die deutsche Sektion der internationalen Ärztevereinigung IPPNW. UNSCEAR behauptet in seinem 300-seitigen Abschlussbericht, daß „keine signifikanten Veränderungen künftiger Krebsraten zu erwarten sind, die mit der Strahlenexposition durch den Unfall in Verbindung gebracht werden können“. Ärzte und Ärztinnen der IPPNW dagegen gehen in ihren Berechnungen von mehreren Zehntausend zusätzlichen Krebserkrankungen aus.

Da die Zahl der Krebserkrankungen in der japanischen Bevölkerung aber ohnehin schon hoch ist, wird die Mehrzahl dieser Fälle nicht kausal mit der Strahlenexposition in Verbindung zu bringen sein, erklärt die IPPNW. Die Tatsache, daß eine Krebserkrankung keine Herkunftsbezeichnung trägt und sich nie eindeutig auf eine einzelne Ursache zurückführen läßt, wird von der Atomindustrie und auch von UNSCEAR genutzt, um jegliche Kausalität abzustreiten. Eine Taktik, wie man sie schon lange von der Tabakindustrie oder der Asbestwirtschaft kenne. „Die Geschichte wiederholt sich. Wie damals nach der atomaren Katastrophe von Tschernobyl werden die Risiken für die Menschen in den kontaminierten Gebieten vertuscht, verharmlost und verschwiegen,“ kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der IPPNW, Dr. Alex Rosen.

Die IPPNW moniert zudem, daß sich die Mitglieder von UNSCEAR in ihrem Bericht im wesentlichen auf die Angaben der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), der Betreiberfirma TEPCO und der japanischen Atombehörden stützen. Neutrale unabhängige Institute und Forschungseinrichtungen werden ignoriert. So beruhen die Dosisberechnungen der betroffenen Bevölkerung im Bericht maßgeblich auf Nahrungsmittelproben der IAEO, einer Organisation, die mit dem Ziel gegründet wurde, „weltweit die Nutzung der Atomenergie zu befördern“. Unliebsame Ergebnisse von unabhängigen Nahrungsmittelstichproben werden ignoriert. Zur Schätzung des Gesamtausstoßes von Radioaktivität werden Studien der japanischen Atomenergiebehörde herangezogen, anstatt die deutlich höheren Berechnungen unabhängiger Institute zu berücksichtigen. Die Strahlendosen der Kraftwerksarbeiter wurden größtenteils direkt von der umstrittenen Betrei-

berfirma TEPCO übernommen. Die Vielzahl an Berichten über Manipulationen und Ungereimtheiten dieser Meßwerte übersehen die Autoren wohlwollend.

Bei 47 Prozent der untersuchten Kinder in der Präfektur Fukushima wurden Knoten und Zysten in der Schilddrüse gefunden. Bei 33 Kindern stellten die Ärzte jetzt schon Schilddrüsenkrebs fest und mußten die Schilddrüse operativ entfernen, 42 weiteren Kindern mit akutem Krebsverdacht steht eine solche Operation noch bevor. Diese Zahlen entsprechen einer Häufigkeit von 13,0 pro 100.000 Kinder. Vor Fukushima lag die jährliche Zahl der Neuerkrankungen in Japan bei nur 0,35 pro 100.000 Kinder. Die Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle in Fukushima ist somit besorgniserregend hoch, erklärt die IPPNW.

Unumstritten ist: Jede noch so kleine Dosis von Radioaktivität geht mit einem erhöhten Risiko für Krebserkrankungen einher. Statt die betroffenen Menschen offen über diese Risiken aufzuklären, versuchen die Autoren des Berichts jedoch, auf der Basis fragwürdiger Annahmen, selektiver Stichproben und geschönter Strahlendosen die industriegefällige Botschaft zu streuen, daß man in Fukushima noch einmal mit dem Schrecken davon gekommen sei, rügt die IPPNW.

UNSCEAR 2013 Report - Volume I - Scientific Annex A - Levels and effects of radiation exposure due to the nuclear accident after the 2011 great east-Japan earthquake and tsunami. 02/04/2014
http://www.unscear.org/docs/reports/2013/13-85418_Report_2013_Annex_A.pdf ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 78,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.
Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.
Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann †, Dipl.-Ing. Heiner Matthies †, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz †, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 78,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzel Exemplare EURO 7,80, Probeexemplar kostenlos.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2014 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288